

Niederschrift

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 08.10.2019, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Bestellung einer Schriftführerin und einer Vertreterin
Vorlage: 1681/2019
2. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen "Bericht zur aktuellen Situation der Kinder mit Förderbedarf im Vorschulalter in der Stadt Geilenkirchen durch Frau Roye, Leiterin der inklusiven Kindertagesstätte "Triangel" der Lebenshilfe Geilenkirchen
Vorlage: 1686/2019
3. Stand der Erweiterung des Betreuungsangebotes im Kita-Bereich
Vorlage: 1684/2019
4. Ferienbetreuung für Kinder vor der Einschulung
Vorlage: 1682/2019
5. Präsentation der Tagespflege im Kita-Navigator
Vorlage: 1683/2019
6. Aufstellung des Haushaltsplanes 2020 für das Jugendamt
Vorlage: 1687/2019
7. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen und zur Beitragsfreiheit bei der Mittagsverpflegung in Kitas und der Tagespflege
Vorlage: 1685/2019
8. Anfragen

Anwesend waren:

Stimmberechtigtes Mitglied nach §71 I Ziff. 1 SGB VIII

1. Karola Brandt
2. Theresia Hensen Vertretung für Herrn Manfred Schumacher
3. Michael Kappes
4. Thomas Klein
5. Stefan Mesaros
6. Lars Speuser
7. Raimund Tartler
8. Ruth Thelen

9. Jennifer Ueberwolf

Stimmberechtigtes Mitglied nach § 71 I Ziff. 2 SGB VIII

10. Peter Barwinski
11. Ingrid Grein
12. Marion Jeurissen
13. Tobias Storms
14. Andreas Tegtmeyer
15. Marianne Weisweiler

Beratendes Mitglied nach § 5 AG-KJHG i.V.m. § 4 III Satzung

16. Erster Beigeordneter Herbert Brunen Vertretung für Herrn Bürgermeister Georg Schmitz
17. Birgit Lang
18. Dirk Riechert
19. Ursula Rudzki
20. Wilfried Schulz
21. Katja Wegner-Hens

von der Verwaltung

22. Hermann-Josef Lehnen

Protokollführer

23. Andrea Brockmann

Es fehlten:

24. Domenico Caruana
25. Petra Friedrichs
26. Markus Grahn
27. Heiko Hermanns
28. Eike Krüger
29. Gertrud Pacilli
30. Bürgermeister Georg Schmitz
31. Manfred Schumacher

Herr Mesaros begrüßte alle Anwesenden sowie die zahlreich erschienenen Zuschauer und eröffnete die 17. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung fest.

Vor Beginn der Sitzung wurde das neue Ausschussmitglied, Frau Ueberwolf, in feierlicher Form vom Ausschussvorsitzenden verpflichtet.

**TOP 1 Bestellung einer Schriftführerin und einer Vertreterin
Vorlage: 1681/2019**

Beschlussvorschlag:

Frau Andrea Brockmann wird als Schriftführerin für den Jugendhilfeausschuss und Frau Irmtrud Penners als Vertreterin bestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

TOP 2 **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen "Bericht zur aktuellen Situation der Kinder mit Förderbedarf im Vorschulalter in der Stadt Geilenkirchen durch Frau Roye, Leiterin der inklusiven Kindertagesstätte "Triangel" der Lebenshilfe Geilenkirchen**
Vorlage: 1686/2019

Herr Mesaros verdeutlichte, dass im Ausschuss erst abgestimmt werden müsse, ob Fr. Royé den Vortrag in dieser Sitzung halten dürfe. Sofern es eine Gegenstimme gebe, könne der Vortrag erst in der nächsten Sitzung im kommenden Jahr gehalten werden.

Es wurde sodann darüber abgestimmt, ob der Vortrag direkt in der Sitzung gehalten werden dürfe.

Abstimmung:

Einstimmig beschlossen.

Fr. Royé begann ihren Vortrag und erläuterte die aktuelle Situation von Kindern mit Förderbedarf. Bei vielen Kindern sei ein Förderbedarf nicht anerkannt, so dass diese in Regel- und nicht in Facheinrichtungen versorgt werden. Sie erläuterte, dass es im kommenden Jahr mehrere Veränderungen in diesem Bereich gebe. Für den Kreis Heinsberg soll ein Fallmanager, der sich um alle Kinder mit Förderbedarf kümmere, eingestellt werden. Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) ändere sich ebenfalls zum 01.01.2020, was u.a. die Trennung der Leistungsformen (ambulant, teilstationär, stationär) aufhebe. Auch die Finanzierung der Inklusion würde sich verändern.

Aufgrund des hohen ungedeckten Förderbedarfes in Geilenkirchen habe man sich als Träger für die zu errichtende Kita in Hünshoven beworben.

Frau Brandt erkundigte sich nach der Vernetzung des Trägers bzw. der Kita mit anderen Stellen. Fr. Royé teilte darauf mit, dass man mit diagnostischen Stellen (z.B. den Sozialpädiatrischen Zentren (SPZ)) und auch dem Gesundheitsamt in Verbindung stehe um den Eltern und Kindern weitere Hilfen anbieten zu können.

Frau Thelen merkte an, dass es derzeit also 12 Kinder gebe, deren Förderbedarf in Klärung sei und fragte nach, wie diese aktuell versorgt seien. Fr. Royé gab an, dass diese zum Teil in Regeleinrichtung und damit nicht adäquat versorgt oder diese sogar ganz ohne Versorgung seien.

TOP 3 **Stand der Erweiterung des Betreuungsangebotes im Kita-Bereich**
Vorlage: 1684/2019

Hr. Lehnen berichtete über den Sachstand des Ausbaus der Betreuungsplätze im Stadtgebiet.

Die Vorbereitungen für die Eröffnung der Notgruppen „An der Friedensburg“ seien im Gange. Ab November 2019 werden diese eröffnet, dann soll es eine Info-Veranstaltung für interessierte Eltern geben und die entsprechenden Betreuungsverträge geschlossen werden.

Für die geplante Kita im Stadtteil Beeck werden ebenfalls Vorbereitungen getroffen, diese kann voraussichtlich Anfang 2020 eröffnet werden.

Für den Neubau der Kita an der Realschule hingegen fehlen bisher die Fördermittelbescheide des Landesjugendamtes. Auf Landesebene müssten die entsprechenden Mittel erst noch freigegeben werden. Mit dem Bau dürfe allerdings noch nicht begonnen werden, da dies förder-schädlich sei. Es könne daher erst mit Vorliegen der Fördermittelbescheide mit dem Bau be-gonnen werden.

I. Beigeordneter Brunen teilte zudem mit, dass die Kita in Hünshoven in einem Neubaugebiet geplant sei. Der entsprechende Bebauungsplan sei noch nicht endgültig gefasst. Es würden aber bereits Gespräche mit dem Träger, der Lebenshilfe im Kreis Heinsberg, hinsichtlich des Bauvorhabens und der Gestaltung geführt.

Frau Thelen erkundigte sich nach dem Ausbau der Kita Bauchem. Die Situation sei ähnlich wie bei der Kita an der Realschule, erläuterte Hr. Lehnen, da auch hier die Fördermittelbescheide noch nicht vorlägen.

Es wurde angemerkt, dass aufgrund der aktuellen Planungen im Laufe des kommenden Kin-dergartenjahres eine Unterversorgung von 150 Kindern prognostiziert werde. Frau Thelen fragte nach Maßnahmen, wie man mit diesem Umstand umgehen würde und ob bereits wei-tere Maßnahmen zur Schaffung von Betreuungsplätzen geplant seien. Hr. Lehnen entgegnete, dass noch bis vor ein paar Jahren mit einer Stagnation der Geburtenrate und damit einer weitaus geringeren Kinderzahl gerechnet worden sei. Sofern es nicht unerwartete Verzöge-rungen bei den Planungen für die Kita Hünshoven gegeben hätte, wäre diese bereits fertig gestellt und es könnten schon mehr Kinder betreut werden.

I. Beigeordneter Brunen wandte ein, dass man sich immer frühzeitig darum gekümmert habe, die Planungen den gesellschaftlichen und rechtlichen Entwicklungen anzupassen. Sofern die Anzahl der Kinder mit einem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz nicht angestiegen wären, man aber weitere Kitas gebaut hätte, hätten die Träger zwischenzeitlich leere Plätze zu verzeichnen und Finanzierungsprobleme. Auch wären Förderprogramme seitens des Bun-des und des Landes so nicht aufgelegt worden, wie sie inzwischen seitens der Stadt in An-spruch genommen werden.

Hinsichtlich der Fördermittel fragte Frau Rudzki an, ob vom Landesjugendamt bekannt gege-ben wurde, wann mit der Freigabe zu rechnen sei. Eine Aussage hierzu wurde jedoch nicht getroffen, berichtete Hr. Lehnen.

TOP 4 Ferienbetreuung für Kinder vor der Einschulung Vorlage: 1682/2019

Herr Klein gab an, dass entgegen den Schilderungen in der Vorlage innerhalb der Fraktion bereits mehrere Eltern bekannt seien, die dort angaben einen Bedarf zur Betreuung ihres Kindes vor dem Schuleintritt gehabt zu haben. Diese Eltern hätten jedoch nicht gewusst, dass man sich an das Jugendamt hätten wenden können.

Es wurde vorgeschlagen, über solche Angebote zukünftig mittels des „schwarzen Brettes“ in den Kitas zu informieren. So könnten alle betroffenen Eltern erreicht werden.

Daraufhin teilte Hr. Lehnen mit, dass Gespräche mit den Kitas geführt werden sollen um Angebote für die kommenden Sommerferien zu erarbeiten. Hierbei würde auch entschieden werden, welche Kita für dieses Angebot in Frage kommt. Für die Betreuung in dieser Übergangszeit könnten ggf. Kurzverträge mit den Eltern geschlossen werden um auch versicherungsrechtlich abgesichert zu sein.

**TOP 5 Präsentation der Tagespflege im Kita-Navigator
Vorlage: 1683/2019**

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**TOP 6 Aufstellung des Haushaltsplanes 2020 für das Jugendamt
Vorlage: 1687/2019**

Herr Schulz wies zunächst auf die Tischvorlage hin, da sich nach der Einladung zur Sitzung weitere Änderungen ergeben haben. Insgesamt gebe es große Veränderungen zu den Vorjahren wegen der weiteren geplanten Kitas und den damit steigenden Betriebskosten.

Daneben sei im Bereich der Hilfen zur Erziehung ein Anstieg der Kinder zu verzeichnen, die eine Heimerziehung benötigen. Laut dem Landesjugendamt gab es landesweit (NRW) eine Steigerung von 62 % der gesamten Fälle des Jahres 2008 bis zum Jahr 2017. In den letzten Jahren sind die Kosten in Geilenkirchen dem entgegen nur moderat angestiegen. Dieser Trend hat nun aber auch Geilenkirchen eingeholt. Zudem stiegen die Kosten für die Heimerziehung je Fall um 80-90 % an.

Im Gremium wurde fraktionsübergreifend diskutiert und angeregt, präventive Maßnahmen in der Jugendhilfe weiter auszubauen um im Nachgang die Fälle, die einer Heimerziehung bedürfen, möglichst verringern zu können. Herr Barwinski teilte hierzu mit, dass die Tagesgruppe in Geilenkirchen als teilstationäre Form der präventiven Maßnahmen immer weniger genutzt würde. Herr Schulz betonte, dass es weniger Fälle gäbe, in denen die Tagesgruppe eine geeignete Maßnahme darstelle. Die Zusammenarbeit mit dem ASD des Jugendamtes habe sich nicht verschlechtert.

Frau Thelen monierte, dass es im Stadtgebiet an verschiedenen Einrichtungen zur Prävention, gerade auch für jüngere Kinder, mangle. Aktuell gebe es nur noch das Jugendzentrum Zille als Anlaufpunkt für Jugendliche. Die Aufwendungen für präventive Maßnahmen seien zu gering angesetzt, aufgrund dessen würde der Haushalt von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen abgelehnt werden.

I. Beigeordneter Brunen entgegnete hierzu, dass die in der Vergangenheit bestehenden Angebote jeweils von freien Trägern erbracht wurden und die Stadt Geilenkirchen nur einen geringen Einfluss hinsichtlich des weiteren Bestehens hatte. Verbesserungen in dieser Richtung seien immer möglich und das Jugendamt sei immer Vorreiter gewesen um Möglichkeiten für Träger zu eröffnen.

Frau Brandt teilte mit, dass dem Jugendamt Geilenkirchen, aufgrund ihrer Erfahrung im Familienrecht und dem Austausch mit den ansässigen Familienrichtern, kein Vorwurf in diese Richtung gemacht werden könne. Im Zeitalter von Digitalisierung und einer sich wandelnden Gesellschaft sei es schwierig an Kinder und Jugendliche heranzukommen.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die in der Anlage aufgeführten Haushaltsansätze in den Gesamthaushalt der Stadt Geilenkirchen für das Jahr 2020 einzustellen und zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 7 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen und zur Beitragsfreiheit bei der Mittagsverpflegung in Kitas und der Tagespflege Vorlage: 1685/2019

Herr Mesaros teilte zunächst mit, dass am Vortag der Jugendhilfeausschuss des Kreises Heinsberg die Gebührenfreiheit bis zu einem Elterneinkommen von 27.000,00 € jährlich beschlossen habe. In der Vergangenheit sei immer eine Einheitlichkeit im Kreisgebiet angestrebt worden, so dass man sich hier anschließen könne. Dies würde jährliche Mindereinnahmen von etwa 19.000,00 € bewirken.

Frau Thelen gab zu erkennen, dass der Antrag der Fraktion trotzdem weiter aufrechterhalten werden würde. Zudem gäbe es bisweilen keine Einheitlichkeit im Kreisgebiet, da es keine einheitlichen Satzungen der einzelnen Jugendämter gäbe.

Herr Kappes stellte daraufhin den Antrag, eine Gebührenfreiheit bei den Elternbeiträgen unterhalb eines Elterneinkommens von 27.000,00 € jährlich zu beschließen.

I. Beigeordneter Brunen wandte ein, dass eine Änderung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) bevor stehe und ab dem kommenden Kindergartenjahr (01.08.2020) auch das vorletzte Kindergartenjahr beitragsfrei werde. Die Verwaltung werde daher auf der Grundlage der heutigen Beschlussempfehlung einen Satzungsentwurf zur abschließenden Entscheidung im Rat erarbeiten. Eine weitere Satzungsänderung werde ggf. erforderlich als Folge der erwarteten Neuregelung im KiBiz zum weiteren beitragsfreien Jahr.

Frau Brandt gab für die Bürgerliste an, dass Ziffer 1 des Antrags nicht unterstützt werden könne, die Gebührenfreiheit bis zu einem Elterneinkommen von 38.000,00 € jährlich hingegen schon. Zudem sei eine Staffelung bis zu einem Elterneinkommen von 100.000,00 € jährlich anzuregen. Eine Abstimmung über die einzelnen Punkte des Antrags sei sinnvoll.

Daraufhin erklärte Hr. Klein von der SPD, dass ein Antrag zur Gebührenfreiheit bis zu einem Elterneinkommen von 27.000,00 € jährlich abgelehnt werden würde. Anders sei es bei einer solchen bis zu einem Einkommen von 38.000,00 € jährlich.

Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen änderte Frau Thelen den gestellten Antrag wie folgt ab:

Über die Ziffern 1, 3, 4 und 5 soll nicht mehr abgestimmt werden, nur noch über Ziffer 2.

Es wurde sodann über die Gebührenfreiheit unabhängig vom Betreuungszeitraum und Alter der Kinder bis zu einem Jahreseinkommen von 38.000,00 € abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 8 Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

Sitzung endet um: 19:43

Herr Mesaros beendete die Sitzung um 19:43 Uhr.

Vorsitzender

Schriftführer/in:

Andrea Brockmann